

KASSELER LINKE GEGEN PRIVATISIERUNG

Keine faulen Kompromisse dulden

Die Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist Teil des Widerstands gegen den Verkauf der Städtischen Werke und Lohndumping in den städtischen Kliniken.

Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel (beide SPD) hatten es sich so einfach vorgestellt: Im Wahlkampf kein Wort über Privatisierung verlieren und nach der Wahl weiteres öffentliches Eigentum still und heimlich an den Energieriesen Vattenfall oder einen anderen Energiekonzern verschern. Doch diese Rechnung ging nicht auf.

Vattenfall gehören zurzeit 24,9 % der Städtischen Werke (in Kassel u.a. zuständig für Wasser-, Gas- und Stromversorgung). Der Vattenfall-Konzern will seine Anteile entweder profitabel verkaufen oder aber richtig einsteigen und die Werke möglichst komplett übernehmen und den lokalen Markt unter seine Kontrolle bringen. Nebenbei: schon jetzt kassiert Vattenfall entsprechend seiner Beteiligung 24,9% der Gewinne der städtischen Werke. Geld, das der Stadt entgeht.

Privatisierungspläne ohne Not

Vor dem Hintergrund der Verkaufs- oder Kaufpläne des Vattenfall-Konzerns begannen Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel über einen Verkauf weiterer Anteile laut und öffentlich nachzudenken. Ei-



Die Kasseler Linke.ASG bei der Demonstration der Gewerkschaft ver.di gegen den Verkauf der Städtischen Werke am 13.11.06 in der Kasseler Innenstadt

gentlich ohne Not, denn Vattenfall kann sich aus rechtlichen Gründen von seiner Beteiligung nur mit Zustimmung der Stadt trennen. Warum die beiden Kommunalpolitiker dennoch dringenden Handlungsbedarf sahen, bleibt ihr Geheimnis. Es drängte sich der Eindruck auf, dass ihnen die vermeintlich überraschenden Pläne von Vattenfall verblüffend gut ins eigene Konzept passten.

Aber auch die andere große Partei in der Stadtverordnetenversammlung, die CDU, entdeckte die Vorzüge der Privatisierung neu, von der FDP gar nicht zu reden. Öffentliches Eigentum in Form der Städtischen Werke zu verhöckern brächte schließlich Geld in die lee-

ren Stadtkassen.

Bringt eine Privatisierung Vorteile ?

In der Tat brächte der Verkauf weiterer 50 % der Geschäftsanteile rund 70 Millionen Euro in die Stadtkasse. Bedenkt man, dass der Wert der Werke insgesamt auf 170 Millionen geschätzt wird, bliebe eine Lücke von 15 Millionen Euro gemessen am geschätzten Wert des Unternehmens. Und was dann? Nichts mehr mit vernünftiger öffentlicher Daseinsvorsorge. Und nichts mehr mit den jährlichen Gewinnen, die die Werke der Stadt erbringen. In der Hand privater Unternehmen gelten sozial sinnvolle Arbeitsplätze und -bedingungen, gute und sinnvolle Beratung (Vattenfall würde als Stromerzeuger wohl kaum wollen, dass wir Strom sparen) oder Qualität des Angebots als profit lähmende Störfaktoren. So stiegen z.B. in Berlin nach der Privatisierung der Wasserbetriebe 1999 die Wassergebühren binnen sechs Jahren um 22 %. 2.000 von 7.000 Arbeitsplätzen wurden vernichtet. Die Gewinngarantie für private Anteilseigner kostet das Land Berlin jährlich 41 Millionen Euro. In Kassel käme noch hinzu, dass mit den Einnahmen der Städtischen Werke ein Teil des Angebots der KVG finanziert wird. Dies

Fortsetzung S. 2

KASSELER LINKE.ASG
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

KLASSENFAHRTEN

Benachteiligung beendet

BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II (HartzIV) erhalten jetzt die tatsächlichen Kosten für Klassenfahrten und nicht mehr nur eine Pauschale, erklärte der Magistrat im Ausschuss des Stadtparlaments für Soziales, Gesundheit und Sport. Anlass für diese Äußerung war der Antrag der Kasseler Linke. ASG, die rechtliche Verpflichtung zur Kostenübernahme der tatsächlichen Klassenfahrt umzusetzen.

Bis zur Umstellung galt eine sehr

niedrige Pauschale für die Klassenfahrtenkosten, die 2004 vom Stadtparlament mehrheitlich beschlossen worden war. In einem Urteil des Hessischen Landessozialgerichts wurde diese Praxis als rechtlich nicht zulässig bewertet.

Die inzwischen umgesetzte Kostenübernahme ermöglicht allen Kindern die Teilnahme an Klassenfahrten. Auf diese Weise ist die Integration in die Klasse nicht mehr vom finanziellen Status der Eltern abhängig.



Plakat des Bündnisses „privatisiert, ruiniert“ am Klinikum Kassel

hätte dann ein Ende. Privatisierte Stadtwerke würden zu einem rasanten Anstieg der ohnehin schon hohen Fahrpreise für Bus und Bahn führen.

Angesichts dieser Erfahrungen und Zukunftsaussichten noch von Vorteilen der Privatisierung für die Kasseler Bevölkerung zu reden, ist zynisch. Die neoliberale Logik hat die Mehrheit der Parteien im Rathaus soweit erfasst, dass sie gänzlich uneinsichtig geworden sind: Entweder sie möchten im Interesse der Unternehmen aktiv mit privatisieren oder - wie im Fall der Grünen - nur zögerlich opponieren.

Der Widerstand formiert sich

Die Kasseler Linke.ASG zeigte sich als einzige Kraft in der Stadtverordnetenversammlung, die entschlossenen Widerstand gegen den Privatisierungswahn organisierte. Fraktionsmitglieder nutzten ihre Position, um beispielsweise für Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel unangenehme Details ans Tageslicht zu bringen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. So zum Beispiel einen Brief Vattenfalls, der belegt, dass Hilgen dem Konzern bereits vor der Wahl versprochen hatte, nach einem Sieg das Thema Privatisierung zur Chefsache zu machen.

Mit Flugblättern und Pressearbeit informierte die Kasseler Linke.ASG über das Thema, beteiligte sich aber auch - und das ist das Wesentliche - am außerparlamentarischen Protest. Fraktionsmitglieder und weitere Aktive nahmen an den regelmäßigen Treffen

des Bündnisses „privatisiert, ruiniert“ teil und trugen den Widerstand vor und in das Rathaus. Nach der Sommerpause fanden vor jeder Stadtverordnetenversammlung Protestkundgebungen statt, an denen Beschäftigte der städtischen Werke und viele BürgerInnen teilnahmen.

Der Protest zeigt Wirkung

Und tatsächlich zeigten die Proteste Wirkung. Nachdem tausende Protest-Postkarten und -Plakate verteilt wurden und unzählige Infostände zu dem Thema stattfanden, bröckelte die Privatisierungsfront. Der Oberbürgermeister und sein Kämmerer wurden vorsichtiger. In ihrer Partei, der SPD, regte sich Unmut und statt auf eine klassische Privatisierung zu setzen brachte der Parteivorsitzende der SPD, Herr Dr. Hoppe, die Idee einer kommunalen Überkreuzverschachtelung mit anderen lokalen Versorgungsbetrieben ins Gespräch, um die Front der Privatisierungsgegner zu schwächen. Bis jetzt allerdings erfolglos. Nach dem Motto - „Wenn schon, denn schon“ - ist das alles der CDU zu wenig. Sie will weiter privatisieren und kann sich nicht mit der unter öffentlichen Druck geratenen SPD einigen. Die Privatisierungspläne landen vorerst in der Schublade und das angestrebte Bieterverfahren liegt zunächst auf Eis.

Teilerfolg, aber der Kampf geht weiter

Dieser Teilerfolg hat gezeigt, dass Kämpfen lohnt. Er hat auch gezeigt, dass parlamentarische Kräfte wie eine linke Rathausfraktion

nur dann erfolgreich gegen Angriffe kämpfen können, wenn gleichzeitig eine aktive Bewegung der Bevölkerung und der betroffenen Beschäftigten stattfindet. Und da die Privatisierungspläne und andere Angriffe auf unsere Daseinsvorsorge noch lange nicht vom Tisch sind, geht es auch in Zukunft darum, dass wir alle - Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner - aktiv werden und für unsere Interessen auf die Straße gehen.

Jan Röder und Martin Gertenbach

► Klinikum Kassel

Der Zukunftssicherungsvertrag konnte nicht verhindert werden – Privatisierungsdrohung nicht vom Tisch

Worum ging es?

Die Beschäftigten müssen in den nächsten Jahren bis 2015 auf bis zu 6% ihres Gehalts verzichten. Mit diesem Geld soll ein Teil der Kosten für den geplanten Neubau der Kliniken finanziert werden. Dies sei angeblich notwendig, um eine Privatisierung des Klinikums abzuwenden. Das Bündnis „Privatisiert-ruiniert“ und auch die Kasseler Linke.ASG sahen die von der Ver.di Mehrheit im Betriebsrat verfolgte Politik mit Skepsis. Gehaltsverzicht für Investitionen, um nichts anderes geht es, ist grundsätzlich ein Unding und bei genauem Studium der Verträge wurde auch klar, dass die Privatisierung mitnichten ausgeschlossen ist. Unter ungenau definierten Bedingungen ist sie weiterhin möglich. Die Beschäftigten sollen auf Lohn verzichten, als Gegenleistung bekommen sie nicht belastbare Versprechungen.

Warum blieb Erfolg aus?

Aufgrund der nicht geschlossenen Protestfront, wie es sie im Gegensatz dazu bei den Städtischen Werken gab, gelang es nicht, Öffentlichkeit und Beschäftigte in dem Maße aufzurütteln, wie es für eine erfolgreiche Gegenwehr nötig gewesen wäre. Die Rolle, die die Gewerkschaft Ver.di und einige ihrer führenden Funktionäre im Klinikum bei Zustimmung und Werbung für den Zukunftssicherungsvertrag gespielt haben, haben dazu leider mit beigetragen.

www.stoppt-privatisierung-kassel.de

330 TAGE IM STADTPARLAMENT

Opposition der Kasseler Linke wirkt

Die Kommunalwahl 2006 brachte mit fünf (statt zuvor zwei) Stadtverordneten eine deutlich gestärkte linke Fraktion ins Stadtparlament. Dieser Zuwachs war, wie sich in den letzten Monaten zeigen sollte, auch bitter nötig.

Zwar können sich OB Hilgen und die SPD abwechselnd mit der CDU und den Grünen oder mit beiden zugleich arrangieren, um Abstimmungsmehrheiten im Stadtparlament zu erreichen.

Aber wir sind stark genug, um eine wirkungsvolle Oppositionspolitik zu betreiben.

Gegen den Verkauf der Werke

Vor der Wahl forderte nur die FDP den Verkauf kommunaler Unternehmen, die CDU hielt sich bedeckt, die Grünen und die SPD hatten anscheinend ihr Herz für kommunalen Betriebe wieder entdeckt und sprachen sich (mehr oder weniger eindeutig) gegen Privatisierung aus.

Kaum war die Wahl vorbei, ging der Stadtkämmerer Barthel (SPD) in die Offensive: er wollte den Verkauf von weiteren 50 Prozent der Städtischen Werke einfädeln - möglichst hinter den Kulissen und im Schnellverfahren. Im Alleingang hatten Barthel und Hilgen mit Sal. Oppenheim eine Beraterfirma beauftragt, deren lukratives Geschäft die Privatisierung öffentlichen Eigentums ist.

Das war die erste große Bewährungsprobe für die neue linke Fraktion. Es gelang uns, diese Geheimhaltungspolitik zu durchbrechen. Ein aktives Bündnis gegen Privatisierung, der Widerstand der Betriebsräte und die beharrliche Arbeit unserer Fraktion stoppten vorerst diese Privatisierungspläne. Kämmerer Barthel und OB Hilgen mussten die Verkaufspläne in der Schublade lassen. Leider wurde das Vorhaben noch nicht endgültig eingestampft. Der Stadtkämmerer geht inzwischen wieder damit hausieren - ein neuer Anschlag auf kommunales Eigentum droht.

Beratung des Haushalts 2007

Der Haushaltsentwurf des Kämmerers lässt sich in wenigen Worten so zusammenfassen:

Kürzen bei den Schwachen, Stellen abbauen und Geld versenken in teure Prestige-Projekte.

Alternativen zu dieser Kürzungspolitik gab es nur von uns. Mit zahlreichen Änderungsanträgen haben wir versucht, die teuersten Fehl-investitionen zu streichen und stattdessen auf

Qualität in der Kinderbetreuung, auf soziale Projekte, auf Sanierung der Schulen, auf zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu setzen.

Die Grünen hatten sich mit der SPD geeinigt, den Haushalt mit den 18-Millionen-Euro für den Flughafen-Neubau gemeinsam zu verabschieden. Mit dem grünen ‚Ja‘ zu den Flughafengeldern blieben wir die einzigen, die klar Nein zur dieser Geldverschwendung sagten. Unsere Anträge hatten bei den Abstimmungen keine Chance. Trotzdem hatten wir Wirkung. Im Bereich Schulsanierung und Schulbauprojekte wollte der Kämmerer zahlreiche Maßnahmen um Jahre verschieben und zudem Fördergelder aus Wiesbaden für die Haushaltssanierung vereinbaren. Die SPD hat sich nicht getraut, allen Dreistigkeiten ihres Kämmerers zu folgen.

Klinikum: Beschäftigte unter Druck

Mit unserer klaren Forderung: ‚Kein Lohnverzicht für Investitionen‘ standen wir in der Stadtverordnetenversammlung alleine. Wie wird es in den nächsten Jahren mit dem Klinikum und der Gesundheit Nordhessen Holding weitergehen? Im Haushaltssicherungskonzept der Stadt ist ein Teilverkauf des Klinikums zwecks Schuldenabbau vorgesehen - so verabschiedet von SPD, CDU und den Grünen. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Widerstand gegen eine Privatisierung des Klinikums scheinen zurzeit eher schlecht. Auch hier sind wir die einzige Fraktion, die entschieden gegen eine Privatisierung steht.

Unsere Anträge werden oft abgelehnt und sorgen zugleich für heftige Diskussionen (nicht nur in den anderen Fraktionen auch in der Öffentlichkeit). Als Beispiel sei der Antrag genannt: das sexistische Werbeplakat für das Tapetenmuseum zurück zu ziehen. Mit geradezu peinlichen Begründungen wurde der Antrag abgelehnt. Kopfschütteln und Ärger bei vielen politisch aktiven Frauen.

Erfolge ‚um die Ecke‘

Seit langem fordern wir einen Sozialpass (eine ‚Sozialcard‘) für Kassel. Wer arm ist und



Norbert Domes (am Mikro) von der Kasseler Linke. ASG am 9.10.2006 bei einer Kundgebung gegen den Verkauf der Städtischen Werke.

z. B. von Hartz IV leben muss, soll ein verbilligtes Monatsticket für Kassel kaufen können. Das wurde immer abgelehnt: das würde zu hohe Zuschüsse von der Stadt erfordern - angeblich nicht bezahlbar.

Alles nur Ausreden - das neue Diakonieticket zeigt, dass verbilligte Tickets für Arme möglich sind. Das Diakonieticket sollte allerdings noch billiger werden. Die Stadt steht dafür nach wie vor in der Verantwortung.

Als politischer Faktor akzeptiert

Inzwischen ist normal, was vor fünf Jahren noch undenkbar war: es gibt gemeinsame Anträge zusammen mit anderen Fraktionen, mit Grünen, SPD, CDU und auch der FDP.

Die Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit wird als politischer Faktor der Kommunalpolitik respektiert und von manchem auch gefürchtet. Wir stellen die kritischen Fragen, die den Grünen abhandeln gekommen sind, weil sie Angst haben, ihrer Stadträtin Anne Janz zu schaden. Wir bohren nach, wo in der SPD sich längst niemand mehr offen zu fragen traut.

Und ab und an haben wir unverhofft Erfolg: Im Haushaltssicherungsprogramm wollte der Kämmerer (und zugleich ‚Sozialdezernent‘) das Frauenhaus und Hilfen für Alleinerziehende auf den Prüfstand stellen. Durch unseren erfolgreichen Änderungsantrag steht jetzt in dem Papier, dass diese Einrichtungen unverzichtbar sind. Unverzichtbar ist auch beharrliche linke Oppositionsarbeit. ■

STADTENTWICKLUNG

Multifunktionshalle auf Zielgeraden?

In der neuen Halle - noch hat sie keinen Namen - sollen die Huskies und die Melsunger Handballer spielen, dazu soll es Konzerte und viele andere hochkarätige Veranstaltungen geben. Auch und vor allem solche, die wegen einer passenden, sprich anspruchsvollen, attraktiven Spielstätte bisher an Kassel vorbeigezogen sind. Das soll Kassel voran bringen, gut fürs Image sein und auch ökonomisch Sinn machen. So weit so gut.

Die Vorgängerfraktion der Kasseler Linken ASG hat im Frühjahr und Herbst 2005 zwei recht kritische Artikel in ihrem Infoblatt veröffentlicht. Die meisten der dort aufgeworfenen Fragen sind auch für die neue Fraktion der Kasseler Linken aktuell: Wo ist das städtische Konzept für den gesamten Bereich, warum trägt der Investor die unmittelbar zur Halle gehörenden Investitionen nicht allein und warum wird und wurde überhaupt nicht darüber debattiert, was die Stadt ggf. alternativ mit den 11,5 Mio. Euro hätte anfangen können?

Fehlendes Gesamtkonzept

Die Frage nach dem Gesamtkonzept ist unseres Wissen nach immer noch nicht beantwortet, geschweige denn zufriedenstellend gelöst. Der Bebauungsplan bildet jedenfalls bestimmte Areale des vom Betrieb der neuen Halle unmittelbar tangierten Bereichs gar nicht ab. Oder anders formuliert: was passiert, wenn infolge der neuen Halle Kimm pleite geht und die Eisporthalle, direkt an der Kreuzung Ludwig-Mond-

Straße/Frankfurterstraße, an einem so bedeutenden städtebaulichen Ort der Stadt, langsam vor sich hin gammelt? Aus unserer Sicht hätte die Stadt die Kooperation der beiden Hallenbetreiber zwingend zur Basis ihrer koordinierenden und Baurecht schaffenden Aktivitäten machen müssen! Das aber ist nicht geschehen, wie die in letzter Zeit über den Extra Tip ausgetragenen Konflikte überdeutlich zeigen. Zumindest liegen Konzepte für die Zukunft des gesamten Areals, von allen Seiten positiv bestätigt, bis heute nicht auf dem Tisch.

Millionen für VIP'S und Investoren

Was die Finanzierung des Gesamtprojekts angeht, darf man sich durchaus wundern: Während das Land den Kommunen all die Aktivitäten verbieten will, die potentiell Gewinn abwerfen können (das sollen sie gefälligst den Privaten überlassen), soll sich beim privaten Bau und Betrieb einer Multifunktionshalle die Stadt mit rund 18 Mio. Euro beteiligen! „Beteiligen“ klingt so harmlos, heißt aber nichts anderes als Schenkung. Diese Schenkung setzt sich aus 11,5 Mio. Euro Zuschuß für die Herrichtung des Hallenumfeldes und runden 6,5 Mio. DM für das Grundstück zusammen, für das die Investoren auch nichts locker machen müssen. Und das angesichts eines Berges von Schulden, auf dem die Stadt sitzt, und einer unendlichen Liste erfolgter Streichungen zu Lasten wichtiger sozialer Projekte. Daß innerhalb dieser 18 Mio. allein 1 Mio. Euro dafür bereitgestellt wird, damit die Reichen und Schönen aus Stadt und Landkreis unmittelbar vor dem einen der beiden Haupteingänge einen separaten Parkplatz gebaut bekommen, ist geschmacklos. Wenn sich die VIP's ihre extrem teuren Logenplätze selbst kaufen können, warum muß ihnen dann die arme Stadt noch einen Parkplatz hinterher werfen?? Wir verstehen das nicht und werden für so eine schamlose Finanzierung

nicht unsere Stimmen hergeben....

Auch wenn wir nicht - wie die anderen Parteien - glauben, daß diese Halle die Stadt rasch zu neuen Ufern führen wird, so könnten mit dem Betrieb der Halle doch durchaus positive Effekte verbunden sein. Positiv an diesem Hallenprojekt ist z.B. auch, daß sich der Landkreis an den Kosten für das Projekt beteiligt, das er so lautstark gefordert hat. Der Landkreis trägt allerdings nur die - recht geringen- Kosten für die sogenannten Ausgleichsmaßnahmen.

Keine Alternativen?

Ganz verständnislos stehen wir dem Tatbestand gegenüber, daß vom OB und seiner „Truppe“ zu keinem Zeitpunkt die Frage gestellt worden ist, was man alternativ mit den 11,5 Mio. Euro hätte anfangen können? Auch wenn wir bei dieser Frage außer acht lassen, daß RP Klein in anderem Zusammenhang schon deutlich gemacht hat, daß er die Unterstützung für die Kinder weniger begüterter Eltern mit zusätzlichen Mitteln nicht finanziert sehen möchte, so fallen uns darüber hinaus noch eine ganze Reihe von Projekten und Maßnahmen ein, die wir zu gerne mit den 11,5 Mio. Euro gebaut oder sonstwie realisiert gesehen hätten.....

Wichtige Verträge vor dem Abschluß

Der offengelegte Bebauungsplan ist für uns nicht der Stein des Anstoßes, zumindest nicht in erster Linie. Dieser Plan legt lediglich fest, welche Nutzung in welcher Intensität (Fläche, Höhe etc.) wo stattfindet. Also: wo liegt die Halle genau, wo die Parkplätze und wie sieht es mit der verkehrlichen und ökologischen Verträglichkeit aus. Ob sich das Projekt allerdings am Ende als gut oder schlecht, ganz schlecht oder gar verheerend für die Stadt und ihre Finanzen auswirkt, wird sich viel mehr in den noch zur Abstimmung anstehenden Verträgen zeigen. Im Kleingedruckten und in den vielen wichtigen Details dieser Verträge wird sich letztendlich zeigen, ob die Halle eher ein Geschenk an einen großen Bau- und Planungskonzern und die dahinter stehenden Banken war und ist oder ob auch die Stadt und ihre verantwortlichen Politiker etwas „Lohnnendes“ für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger herausgeholt haben. Wir jedenfalls werden die weitere Entwicklung aufmerksam im Auge behalten.

Drake Schmidt ■



Bis zum Parkplatzbau ...
Grünfläche neben Kleingartengelände im Überschwemmungsgebiet

ORGANISATION

Kasseler Linke.ASG

Ein breites linkes Bündnis zieht nach den Kommunalwahlen im März 2006 in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung ein

Als im März 2006 die neu gegründete Kasseler Linke.ASG mit beachtlichen 6,8 % und 5 Sitzen in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung einzog, war die Freude unter den Kasseler Linken - den alten, den jungen, den radikalen und den eher angepaßten, den wilden und den ökologischen, den organisierten und den nicht organisierten - groß. Groß war auch die Erleichterung bei allen Beteiligten, denn der Versuch, das schon eine Legislaturperiode erfolgreich wirkende Bündnis von PDS und Kasseler Linken um WASG, SAV und viele andere Gruppierungen zu erweitern, war recht kompliziert und drohte zwischendurch fast zu scheitern. Der Wille jedoch, den etablierten Parteien eine linke Opposition entgegen zu setzen, vereinte viele derjenigen in Kassel, die der Auffassung sind, daß es Alternativen zur neoliberalen Politik der Rathausfraktionen gibt. Das Bündnis zu erweitern stellt vor allem den Versuch dar, die Interessen der Arbeits- und Wohnungslosen, der Armen und Benachteiligten, der Schwachen und all jenen, denen die neoliberale Politik keine Chancen mehr offeriert, im Kasseler Parlament wirksamer zu vertreten. Das erweiterte Bündnis ist aber auch Ausdruck des Willens, ökologiefeindlichen Großprojekten, Fehlentwicklungen in der Stadtplanung und einseitiger Orientierung auf das Auto eine Stimme der Vernunft entgegen zu setzen.



Das Programm (sehr lesenswert übrigens!!) kommt zustande, der Wahlkampf wird engagiert, solidarisch und ideenreich geführt. Das gute Ergebnis belohnt die Bemühungen der WahlkämpferInnen und Kassel hat für weitere 5 Jahre eine Opposition, an der SPDCDUGRÜNEFDP in allen wichtigen sozialen und ökologischen Fragen nicht

vorbeikommen werden....

Das größere Bündnis erfordert besondere Organisationsformen

Die Besonderheit des Bündnisses bringt aber auch besondere Probleme mit sich: Mehrere eigenständige Organisationen wie Linkspartei, DKP, SAV, WASG und DIDE, verschiedene politische Gruppen und viele politisch Engagierte ganz ohne Partei- und Gruppenzugehörigkeit benötigen ein bißchen mehr an Organisation und Struktur als eine klassische Partei. Es gibt deshalb neben regelmäßigen öffentlichen Fraktionssitzungen noch sogenannte Bündnisplenums-Sitzungen, die von einer Koordinationsgruppe, die das ganze politische Spektrum widerspiegelt, vorbereitet und geleitet werden. Diese Plenums-Sitzungen sind der Versuch, das breite politische Bündnisspektrum der Linken in Kassel in die Arbeit der Fraktion einzubeziehen, vor allem aber den Kontakt zu den vielen außerparlamentarischen Initiativen sicherzustellen und Impulse für außerparlamentarische Aktionen zu initiieren. Dieses Strukturmodell entspricht, ergänzt durch verschiedene Arbeitsgruppen (Zeitung/Soziales etc.), zumindest theoretisch der „Philosophie“ der Linken, daß Parlamentarismus ohne außerparlamentarischen Kampf nichts ist bzw. nicht ausreicht. Nur beides zusammen, gut koordiniert, macht politisch Sinn.



Wie weit das Modell der (neuen) Kasseler Linken trägt, werden die nächsten Jahre zeigen. Die bisherige Arbeit mit diesem Modell aus Fraktion, öffentlichen Fraktionssitzungen, Bündnisplenum und als verbindendem Element der Koordinationsgruppe mit verschiedenen Arbeitsgruppen scheint sich zu bewähren. Und die neue Linkszeitung, ab März diesen Jahres einige Male im Jahr vom Bündnis herausgebracht, ist genau das Medium, um weitere Erfahrungen mit diesem Modell zu publizieren, zu diskutieren und vernünftig auszuwerten. Wir werden sehen.

Drake Schmidt

BÄDER IN KASSEL

Zukunft mit Konzept

Die Zukunft der öffentlichen Bäder in Kassel ist ungewiss. Gutachten, Konzeptvorschläge der Städtischen Werke und die Sparpläne von Stadtkämmerer Dr. Barthel haben die Debatte um die Zukunft der Kasseler Bäder in der letzten Zeit dominiert. Auf der Strecke geblieben ist dabei, welche Vorstellungen die BürgerInnen Kassels für die Zukunft ihrer Bäder haben.

Für die Kasseler Linke.ASG ist im Moment nicht die Frage des einen oder des anderen Standorts vorrangig. Vielmehr müssen zunächst einige grundsätzliche Vorgaben gemacht werden, bevor über die Zukunft der Bäderlandschaft in Kassel diskutiert wird. Diese sind aus unserer Sicht:

- Kassels Bäder müssen in öffentlicher Hand bleiben.
- Es muss genügend Bäder geben, um die unterschiedlichen Nutzungsinteressen abdecken zu können.
- Eine Ausdünnung der öffentlichen Bäder-Infrastruktur ist mit uns nicht zu machen.
- Die Frage des Bäderangebots darf nicht allein nach Kostengesichtspunkten entschieden werden.
- Es muss eine gute Erreichbarkeit der Bäder für alle BürgerInnen geben.
- Das Preisniveau muss sich an sozialpolitischen Aspekten orientieren. Alle BürgerInnen müssen sich einen Bäderbesuch leisten können.
- Statt eines, möglicherweise auch noch privatisierten, Spaß- und Luxusbades brauchen wir eine gute Versorgung in der Breite.

Die jetzt von der Stadt angekündigten Veranstaltungen zur Information und Beteiligung der BürgerInnen werden wir kritisch wahrnehmen und begleiten. Wir befürchten, dass sie dazu dienen, im Sinne einer „Teile-und-Herrsche-Logik“ die verschiedenen Interessen der BürgerInnen gegeneinander auszuspielen. Sollten sie, so wie die Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt im letzten Jahr, auch nur Alibifunktion haben, werden wir eigene, geeignete Veranstaltungsformen anbieten, um den Interessen der BürgerInnen Ausdruck zu verleihen.

Martin Gertenbach

NACHRICHTEN AUS DER FRAKTION

Salz in die Wunden streuen

Calden - Nachtflugverbot abgelehnt

Ein Nachtflugverbot im Planfeststellungsbeschluss durch die Stadt Kassel und den Kreis Kassel zu beantragen, stieß auf Ablehnung bei den SPD und CDU Fraktionen im Stadtparlament und im Kreistag. Einen entsprechenden Antrag brachten die Fraktion der Kasseler Linken.ASG im Stadtparlament und die Fraktion der WASG im Kreistag ein. Die bestehenden 4 genehmigten Flugbewegungen in den Nachtstunden blieben in dem Antrag als befristete Ausnahme ausgeklammert. Die negativen gesundheitlichen Folgen für die betroffene Bevölkerung hätten mit einem Nachtflugverbot verringert werden können. Wenn in der Planfeststellung keine Regelung festgeschrieben wird, ist eine spätere



Ausdehnung von Nachtflügen im einfacheren Verfahren leichter möglich. In einem solchen Verfahren hätten Betroffene und Träger Öffentlicher Belange (TÖB's) eine wesentlich schlechtere Rechtsposition und würden bei einer Änderung zum großen Teil nicht einmal beteiligt werden.

11.000 Kinder

Die Kasseler Linke.ASG hat einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und Fraktionslosen im Stadtparlament initiiert, um auf die Deutsche Bahn einzuwirken, im Kulturbahnhof die Ausstellung 11.000 Kinder zu zeigen.

„Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ (FFDJF) und ihre Unterstützergruppen „Elftausend Kinder“ in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland versuchen seit Jahren, eine in Frankreich erfolgreich gezeigte Ausstellung über die Deportation französischer Kinder und Kinder von nach Frankreich geflohenen Deutschen und verschiedener anderer Nationen Europas in die Todeslager

des besetzten Polen auch bei uns zu zeigen. Dieser Menschen soll auf den Bahnhöfen der DB gedacht werden. Da die DB das Hausrecht auf allen Bahnhöfen besitzt, muss sie für solche Veranstaltungen eine Genehmigung erteilen. Bislang hat der Bahnvorstand nicht nur Genehmigungen abgelehnt, sondern sich auch vorbereitenden Gesprächen mit den Initiatoren der Ausstellung und deren Unterstützergruppen verweigert.

Rechte Aktivitäten in Kassel

In letzter Zeit versuchen Nazis, die bei der JN (Jugendorganisation der NPD) oder locker organisiert sind, in Kassel und Umgebung handlungsfähige Strukturen aufzubauen. Ihre Aktivitäten reichen von der Teilnahme an Aufmärschen, Konzerten und Demos bis hin zu teilweise gewalttätigen Angriffen auf Andersdenkende und anders Aussehende. Im Moment sind sie noch relativ schwach und nicht sonderlich erfolgreich. Zur Verhinderung ihres Erstarkens und ihres unbeeinträchtigten Auftretens sind vielschichtige Gegenaktivitäten notwendig. Die Kasseler Linke.ASG arbeitet im Stadtparlament und außerhalb an dieser Problematik.

Abschiebestopp gefordert

Auf Initiative der Kasseler Linke.ASG hat die Stadtverordnetenversammlung im September 2006 an den Hessischen Innenminister Bouffier appelliert, für Menschen, denen voraussichtlich ab November 2006 ein Bleiberecht von der Innenministerkonferenz ausgesprochen wird, einen Abschiebestopp für 6 Monate zu erlassen. Dieser gemeinsame Antrag stieß nur bei der CDU auf Ablehnung.

Umsetzung von Hartz IV in Kassel

Wie auch die Selbsthilfeorganisationen der von ALG II Betroffenen kritisiert auch die Kasseler Linke.ASG die mangelnde Transparenz in der Arbeit der Arbeitsförderung Kassel (AfK).

Um Licht ins Dunkel zu bringen, erarbeitete unser Stadtverordneter Nico Weinmann gemeinsam mit Aktiven der Kasseler Erwerbsloseninitiative einen umfangreichen Fragenkatalog.

Stadtkämmerer Dr. Barthel stellte auf der Sitzung des Sozialausschusses vom 4. Juli klar, dass er nur ungern auf die Fragen antworte und es seiner Ansicht nach eine Zumutung für

die Verwaltung sei, sich hiermit zu beschäftigen. Deutlich wurde auch, dass die großen Fraktionen offensichtlich wenig Interesse an weiteren Informationen hatten.

AFK Beirat als Feigenblatt

Im Herbst war dann die Arbeit des Beirats der AfK Anlass für uns aktiv zu werden.

Neben der Frage, ob Betroffene im Beirat eine Stimme erhalten, ging es um die Frage, ob der Beirat mehr werden soll als ein Feigenblatt für die AfK das nur gelegentlich tagt und keine wirklichen Kompetenzen hat.

Im Gegensatz zur Kasseler Linke.ASG schienen die anderen Fraktionen mit einem Feigenblatt zufrieden zu sein. Bitter für die Betroffenen und Grund für uns weiter nachzuhaken.

Wohnkosten angemessen regeln

Mit diesem Antrag vom 07.11.2006 haben wir versucht, eine angemessene Regelung für die Kosten der Unterkunft zu erreichen. Mal wieder war die große Front der Sozialabbau Parteien nicht willens, sich unserer Argumentation anzuschließen.

Kinderbetreuung Minimalstandards

Unter diesem Motto ist die Kasseler Linke.ASG im Mai und Juni letzten Jahres aktiv geworden. Unser Arbeitsstil, mit dem wir uns von den anderen Rathausfraktionen unterscheiden möchten, ist dabei deutlich geworden. Neben entsprechender parlamentarischer Arbeit sind die Aktiven unseres Wahlbündnisses mit Flugblättern vor die städtischen Kindertagesstätten gegangen und haben Eltern und Beschäftigte über unsere Ideen und Vorstellungen informiert. Mit überwiegend positiver Resonanz. Bei den übrigen Fraktionen kamen unsere Forderungen weniger gut an. Wenn wir auch die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung gegen uns hatten, so haben wir dennoch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die Kleinsten in der Gesellschaft nicht zum Opfer kommunaler Sparpolitik werden dürfen.



INTERVIEW MIT DER KASSELER ERWERBSLOSEN INITIATIVE

Was bedeutet Hartz IV für Betroffene?

Interview mit Brigitte Schröder von der Kasseler Erwerbsloseninitiative (KEI)
Das Interview führte Petra Aulepp-Wulff

Was bedeutet Hartz IV für die Bevölkerung?

Hartz IV bedeutet für die Betroffenen Enteignung, Eingriff in die privaten Verhältnisse und Entrechtung.

Konkret heißt das: Wer in seinem Arbeitsleben immer gespart hat, muss damit rechnen, dass er Teile seines Vermögens erst aufbrauchen muss, bevor er Hartz IV bekommt. Vor allem Frauen bekommen kein ALGII, wenn ihre Partner noch beschäftigt sind.

Man bekommt Probleme, wenn Miet- und Heizkosten über einem bestimmten Betrag liegen, den Kommunen und Kreise selbst bestimmen. Bleibt man in der alten Wohnung, kann man bald die Kosten nicht mehr bezahlen. Ein Umzug ist oft nicht möglich, da es keine billigen Wohnungen gibt, die frei sind. Außerdem: Umzugskosten werden generell nicht bezahlt und können häufig aus dem noch vorhandenen und erlaubten Ersparnissen nicht bezahlt werden. Das Ergebnis ist Verschuldung, da die Banken bei Langzeitarbeitslosen häufig bereits den Dispokredit routinemäßig auf Null gesetzt haben.

In anderen Städten ist man bei zu hohen Miet- und Heizkosten dazu übergegangen, ein Zimmer der Wohnung zu versiegeln. Einmal im Monat kommt der Kontrolleur von der Arbeitsverwaltung und sieht nach, ob alles wie vorher ist. Das ist ein Eingriff in die Privatsphäre.

Erwerbslose dürfen ihren Wohnort ohne Genehmigung der Arbeitsverwaltung nicht verlassen. Junge Leute unter 25 Jahre, die noch bei ihren Eltern wohnen erhalten nur 80% des Regelsatzes. Wenn sie ausziehen wollen, brauchen sie eine Genehmigung des Amtes der Arbeitsverwaltung, die nur bei bestimmten Gründen erteilt wird. Wer ohne Genehmigung auszieht, muss den Umzug natürlich bezahlen und erhält weiter nur die 80%.

Erwerbslose sollen von ihren Partnern ernährt werden. Wem das nicht passt, muss selbst nachweisen, dass er nicht in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebt.

Es wird bei den Erwerbslosen alles kont-

rolliert. Es kann sogar, wenn ein besonderer Verdacht vorliegt, zu Hausbesuchen kommen. Wichtig in dem Zusammenhang: man muss die Kontrolleure nur hereinlassen, wenn sie sich angemeldet haben. Sie dürfen keine Tür und keinen Schrank in Ihrer Wohnung aufmachen. Am besten laden Sie sich Bekannte ein, wenn ein Hausbesuch ansteht.

Der Eingliederungsvertrag, den Erwerbslose abzuschließen haben, ist eigentlich kein Vertrag, da keine Vertragsfreiheit besteht. Wer seine Unterschrift verweigert, muss eine Kürzung seiner Leistung um 30% des Regelsatzes hinnehmen. Die zweite Kürzung – dann sind es 60% – erhält der Erwerbslose, wenn er die im Vertrag stehenden Anforderungen nicht einhält. Beim dritten Verstoß erhält der

bot ab, muß der Erwerbslose nachweisen, dass es für ihn nicht akzeptabel war.

Obwohl die Zahl der existenzsichernden Arbeitsplätze immer weiter abnimmt, behaupten Politik und Wirtschaft, es gibt genug Arbeit. Die zu hohen Forderungen von ArbeitnehmerInnen haben nach Meinung von Politik und Wirtschaft erst die Arbeitslosigkeit hervorgebracht, also die Löhne müssen runter, dann werden die Unternehmen wieder Arbeit nachfragen. Es ist also alles Schuld der Beschäftigten.

Was wünschen Sie sich im Umgang der Arge mit Betroffenen?

Bei der Arge arbeiten so 'ne und solche Leute, und mit einigen kann man durchaus auskommen. Was wir uns wünschen,



Erwerbslose bei einer Demonstration in Neubrandenburg im Jahre 2004. Auch in Kassel protestierten in dieser Zeit Montags mehrere Hundert Menschen gegen Hartz IV.

Erwerbslose dann kein Geld mehr. Die Kürzungen gelten immer für 3 Monate. Mit Widersprüchen und Klagen kann man Kürzungen nicht mehr wie früher aufhalten. Schlimm ist der Arbeitszwang: man muss alles nehmen, was angeboten wird. Ausbildung und Berufserfahrung spielen keine Rolle mehr. Lehnt man ein Ange-

bot ab, ist mehr Transparenz von Seiten der ARGE. Außerdem sind die BeraterInnen zum Teil für ihre Arbeit nicht gut genug ausgebildet. Für die Betroffenen ist es grundsätzlich wichtig, nicht allein zum Termin zu gehen. Das ist auch gesetzlich gestattet.

Wie beurteilen Sie die Förderangebote?

Den Erwerbslosen werden vor allem 1-Euro-Jobs angeboten. Sie enden in der Regel nach 6 Monaten und bieten keine Perspektive. Es profitieren die Träger dieser Maßnahmen. Man könnte aus den 1-Euro-Jobs versicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze machen. Für über 50-Jährige werden zurzeit besondere Programme angeboten. Wie hier die Vermittlungsquote ist, wissen wir nicht. Aber wo sollen die Arbeitsplätze herkommen?

Denn versicherungspflichtige Erwerbsarbeitsplätze werden immer mehr abgebaut. Statt dessen gibt es immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die für die Betroffenen große Unsicherheit bedeuten und keine Planung für die Zukunft ermöglichen. Schon jetzt arbeiten eine Million Leute für einen Lohn, der unter HartzIV liegt und erhalten ALG II als Aufstockung.

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Obere Königstr. 8, 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 5.000
Druck: Grafische Werkstätten
Satz und Layout: Leonie Blume

SGB XII - Infogruppe gegründet

In Kassel leben ca. 3150 Menschen, die SGB XII - Grundsicherungsleistungen erhalten.

Diese Leistungsberechtigten haben in Kassel eine Informationsgruppe gegründet.

Die Gruppe trifft sich regelmäßig, bespricht leistungsrechtliche Fragen und möchte einen Selbsthilfeverein gründen.

Leistungsberechtigte können anrufen bei Achim (4919434) und Jutta

Wie beurteilen Sie die angebotenen Qualifizierungen?

Qualifizierung sollte an den Fähigkeiten und Berufswünschen der Betroffenen ansetzen. In der Wirklichkeit ist sie auf kurzfristige Forderungen der Wirtschaft ausgerichtet. Von Perspektive kann hier keine Rede sein. Für die Betroffenen ist es wichtig, sich nicht zuhause hinzusetzen und die Wände anzustarren, sondern irgendwas zu tun, was einem Spaß macht. Das kann alles Mögliche sein. Spazieren gehen, Sport, Hobbies. Erwerbslose sollten auch ihre Zeit

zur Weiterbildung nutzen, die nicht mit dem Beruf zu tun haben muss. Deshalb fordern wir, dass z.B. Kurse bei der Volkshochschule billiger werden und auch Universitätsveranstaltungen kostenlos genutzt werden können.

Wenn man nämlich zuhause sitzt und nur auf seine Absagen wartet, ist man bald nicht mehr in der Lage, überhaupt einen Arbeitsplatz auszufüllen. Und das merken dann potentielle Arbeitgeber bei Vor-

stellungsgesprächen sofort.

Haben Sie weitere Forderungen an die Stadt?

In Kassel und den Landkreisen gibt es einen Beirat, der keine Einflussmöglichkeiten hat. Die Leute, die dort sitzen, kommen aber an Informationen ran und haben einen besseren Einblick. Der Verdi-Erwerbslosenausschuss fordert, dass zwei Erwerbslose in den Beirat der AFK kommen. Das wäre ein Zeichen, dass Erwerbslose akzeptiert werden.

Außerdem fordern wir Ombudsleute, die unabhängig sind und Probleme zwischen der ARGE und den Betroffenen unbürokratisch regeln. Gebraucht wird auch mehr unabhängige Beratung, die auch bezahlt wird, um die Betroffenen in diesem Rechtswirrwarr zu unterstützen.

Zum Schluss ein Appell an die LeserInnen: Erwerbslose sind Menschen, die lesen und schreiben können, die selber für sich reden und ihre Interessen vertreten können. Das wird sehr oft vergessen, auch von den Betroffenen selbst. Wir sind nicht hilflos, wenn wir uns zusammenschließen und eigene politische Forderungen entwickeln.



Petra Aulepp-Wulff

Sozialpolitische Sprecherin der Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament
petra.aulepp@kasseler-linke-asg.net

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos, ...

Donnerstag 22.3.07
Offene Fraktionssitzung, Stadtverordnetenvorbereitung, um 19 Uhr im Schlachthof, R 3, Mombachstr. 12

Donnerstag 28.3.07
Kommunalpolitischer Stammtisch, um 19 Uhr in der Kneipe Lichtenhainer, Karl Marx Platz

Aktuelle Termine findest Du unter www.kasseler-linke-asg.net

4. Plenum der Kasseler Linken.ASG

Am 27. April 2007, 19.00 Uhr findet im Schlachthof das 4. Plenum der Kasseler Linken statt.

Unser Bündnis wird sich selbst bei dieser Gelegenheit ein bißchen feiern, weil wir glauben, Grund dafür zu haben: Vor genau einem Jahr haben wir unsere erfolgreiche Arbeit als Opposition in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung begonnen!

Dieses kleine Jubiläum wollen wir zum Anlaß nehmen, auf das vergangene Jahr zurückzuschauen und gleichzeitig einen Blick auf die kommenden Aufgaben zu werfen. Und das alles in einer etwas entspannteren Atmosphäre als sonst vielleicht. Was dem OB sein Neujahrsempfang, ist der Kasseler Linken das „Frühjahrsplenum“....